



Aktuell

DAS
INFOSERVICE
DER AK
Nr 10/2012

! STANDPUNKT

VERTEILUNG DER VERMÖGEN IN ÖSTERREICH

VIELE HABEN WENIG UND WENIGE HABEN VIEL



wien.arbeiterkammer.at

KURZ GEFASST: VIELE HABEN WENIG UND WENIGE HABEN VIEL

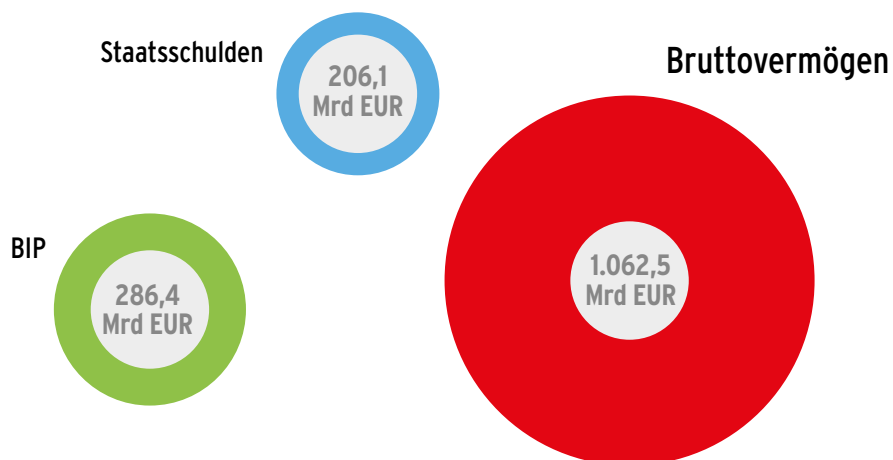
Die Daten der Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank bestätigen, dass in Österreich etwas schief läuft.

Bei Vermögen gibt es, im Gegensatz zu Einkommen, nur eine schmale Mittelschicht. Die untersten 50% besitzen weniger als 5% vom privaten Vermögen. 5% der Haushalte sind Euro-Millionäre und besitzen zusammen fast die Hälfte des Gesamtvermögens, das gesamt etwa 1 Billion Euro erreicht. Je höher das Vermögen, umso extremer ist die Konzentration.

Die Schieflage in der Vermögensverteilung wird in den neuen OeNB-Daten sogar noch unterschätzt. In Österreich wurden sehr vermögende Haushalte nicht überproportional in die Stichprobe einbezogen, so ging etwa kein Stiftungsvermögen in die OeNB-Studie ein. Da die Konzentration gerade an der Spitze der Vermögensverteilung extrem hoch ist, verzerrt das die Ergebnisse bezüglich der Ungleichverteilung stark.

Vermögen sind nicht leistungsgerecht verteilt; vermögensreiche Haushalte erben mehr und öfter. Während von den vermögensärmsten 20% der Haushalte nicht einmal 10% erben, waren es bei den reichsten 20% beinahe zwei Drittel. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Höhe der Erbschaften. Für die vermögensärmsten 40% betrug das Erbe in der Mitte etwas über 14.000 Euro, während sich die mittleren Erbschaften der vermögensreichsten 20% um 240.000 Euro bewegten.

Grafik 1. Gesamtes Haushaltsbruttovermögen im Vergleich zum BIP und der Staatsverschuldung, 2010



Quellen: HFCS Austria 2010, OeNB; Statistik Austria

BEI VERMÖGEN GIBT ES KEINE MITTELSCHICHT

Vermögen sind in Österreich äußerst ungleich verteilt. Der private Vermögensbesitz ist in den Händen einiger weniger, die untere Hälfte verfügt über nahezu kein Vermögen. Es gibt - im Gegensatz zu den Einkommen - beim Vermögen nur eine schmale Mittelschicht. Zudem spielt für den Vermögensaufbau Erben – hinter

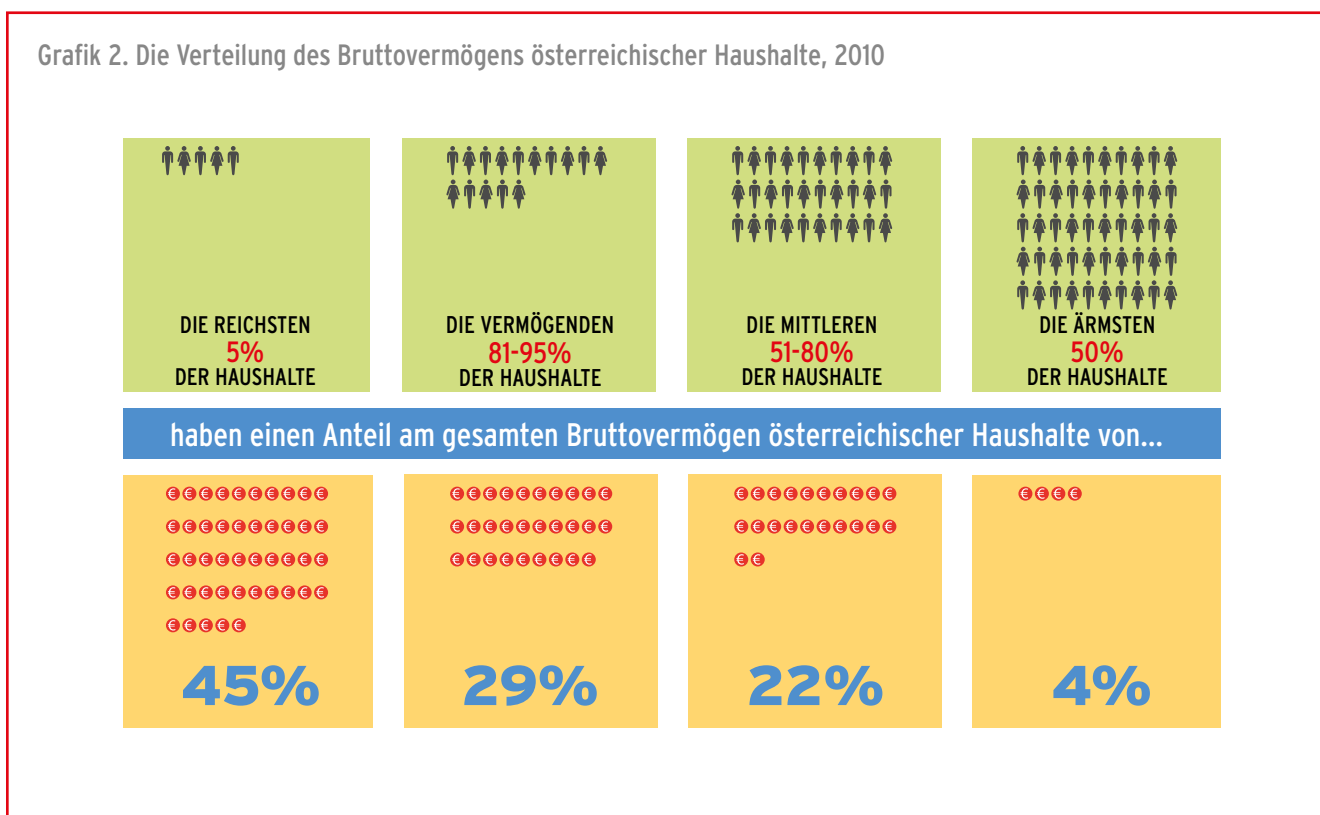
dem keine eigene Leistung steht – eine zentrale Rolle. Das zeigen die Daten aus einer groß angelegten Erhebung, die, koordiniert durch die Europäische Zentralbank, in allen Euro-Staaten durchgeführt wurde. In Österreich wurde sie von der Oesterreichischen Nationalbank 2010 vorgenommen.

Wie hoch ist das Vermögen?

Die privaten Haushalte sind in Österreich insgesamt nicht arm: Mit etwa 1.063 Milliarden Euro liegt ihr Bruttovermögen über 3½-mal so hoch wie das Brut-

toinlandsprodukt. Im Vergleich zu den Staatsschulden war das Vermögen privater Haushalte sogar über 5-mal so hoch (siehe Grafik 1 – Seite 2).

Wie ist das Vermögen in Österreich verteilt?



Quelle: Sozialbericht HFCS Austria 2010

Dieses Vermögen ist aber extrem ungleich verteilt (siehe Grafik 2). Die reichsten 5% aller Haushalte verfügen über 45% des Bruttovermögens. Knapp 190.000 Haushalte besitzen somit zusammen fast

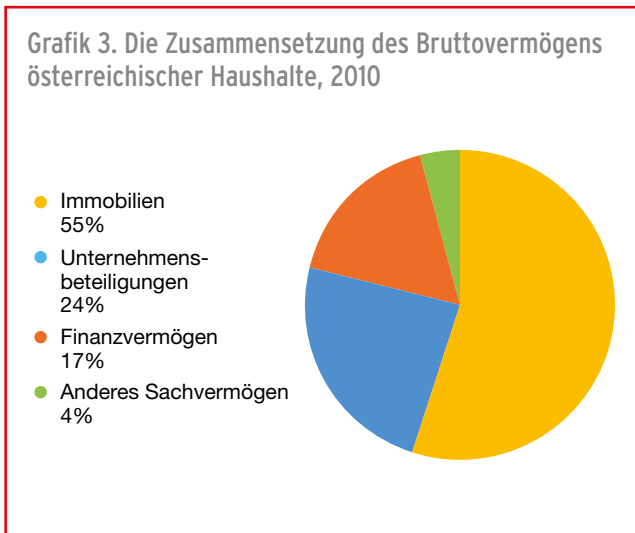
500 Milliarden Euro, beinahe die Hälfte des gesamten privaten Vermögens. Jeder dieser Haushalte nennt mindestens eine knappe Million Euro sein Eigen, im Durchschnitt sind es beachtliche 2,6 Millionen Euro.

Neben diesen reichsten 5% gibt es noch 15% vermögende Haushalte. Das sind Haushalte, deren Vermögen zwischen 330.000 und 980.000 Euro liegt. Diese 15% vereinen beinahe 30% des Bruttovermögens auf sich. Die obersten 20% aller privaten Haushalte Österreichs besitzen somit drei Viertel des gesamten Bruttovermögens.

Die restlichen 80% der Haushalte teilen sich das verbliebene Vermögensviertel (siehe Grafik 2). Davon

entfällt der Löwenanteil des Vermögens auf Haushalte der „oberen Mitte“, die im Durchschnitt über ca. 200.000 Euro verfügen. Sie halten über 20% des Gesamtvermögens. Somit verbleibt für die vermögensärmere Hälfte (50%) aller privaten Haushalte weniger als 4% des gesamten Bruttovermögens, rund 40 Mrd. Euro. Im Durchschnitt haben diese Haushalte ein Bruttovermögen von 22.000 Euro. Die untersten 25% der österreichischen Haushalte halten nur noch ein Vermögen von unter 11.000 Euro.

Wie setzt sich das Vermögen zusammen?



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Die Arten von Vermögen, die Haushalte besitzen, sind sehr unterschiedlich. Beinahe alle Haushalte haben zB ein Girokonto, aber vermögensreiche Haushalte halten weit häufiger Aktien und Unternehmensbeteiligungen (inklusive Landwirtschaften) als Haushalte in den unteren 50%.

Der größte Teil des Vermögens österreichischer Haushalte ist Sachvermögen. Laut OeNB-Erhebung hat es eine Höhe von 886 Milliarden Euro. Sein hoher Anteil von 83% ergibt sich aus der großen Bedeutung von Immobilien und Unternehmensbeteiligungen. Selbstgenutzte Wohnungen und Wohnhäuser machen über 44% des gesamten Bruttovermögens aus, Immobilien gesamt 55%. Unternehmensbeteiligungen (inklusive Landwirtschaften) haben einen Anteil von fast einem Viertel.

Das Finanzvermögen in Höhe von 176 Milliarden Euro macht lediglich 17% des Bruttovermögens aus. An der Erhebung haben allerdings keine „superreichen“ Haushalte teilgenommen. Diese halten jedoch als einzige Gruppe größere Teile ihres Vermögens in Finanztiteln. Deshalb ist die Höhe des Finanzvermögens insgesamt deutlich untererfasst.

Die Verschuldung der privaten Haushalte ist mit 63 Milliarden Euro oder 6% des Bruttovermögens relativ gering. Das Nettovermögen (Bruttovermögen minus Schulden) machte damit rund 999 Mrd. Euro im Jahr 2010 aus.

Wie wird die Vermögensschiefelage gemessen?

Die ausgeprägte Ungleichheit in der Verteilung von privatem Vermögen zeigt sich auch in Verteilungskennzahlen. Eine wichtige ist der Gini-Koeffizient. Er liegt zwischen den Werten 0 und 1, wobei 0 eine vollständige Gleichverteilung bedeutet und 1 eine Verteilung, bei der ein Haushalt das gesamte Vermögen hat. Der Gini-Koeffizient für Einkommen, die in Österreich nach Steuern und Transfers weniger ungleich verteilt sind, liegt bei 0,26. Der Gini-Koeffizient für

das Bruttovermögen privater Haushalte in Österreich beträgt 0,73.

Die Vermögenskonzentration ist aber aller Wahrscheinlichkeit noch extremer als in der Studie dargestellt. Denn bei der Erhebung der Oesterreichischen Nationalbank ist kein einziger Milliardärs-Haushalt erfasst worden. Vermögende Haushalte lehnen eine Teilnahme an Untersuchungen zu Einkommen und

Vermögen häufiger ab, verweigern öfter Antworten und unterschätzen ihr Vermögen. So floss kein Vermögen aus Privatstiftungen in die Erhebung mit ein. Die dargestellten Zahlen und Verhältnisse stellen somit eine Untergrenze der Ungleichverteilung des

Vermögens dar. Bei einer erneuten Erhebung ist es deshalb unbedingt notwendig, so wie international üblich, gezielt mehr vermögensreiche Haushalte zu befragen, um auch die extrem reichen Haushalte zu erfassen.

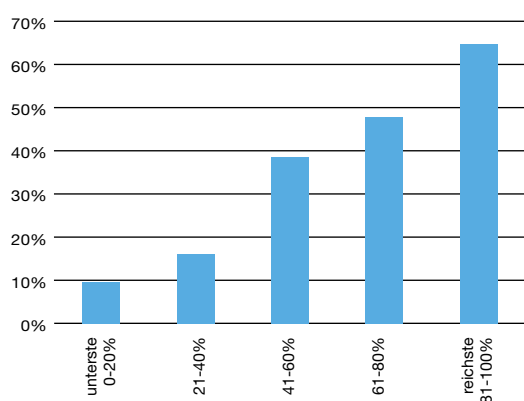
Wie viel Vermögen wurde geerbt?

Erbschaften spielen eine wichtige Rolle in der Vermögensverteilung in Österreich. Etwa 15% aller Haushalte erben ihren Hauptwohnsitz. Bewertet

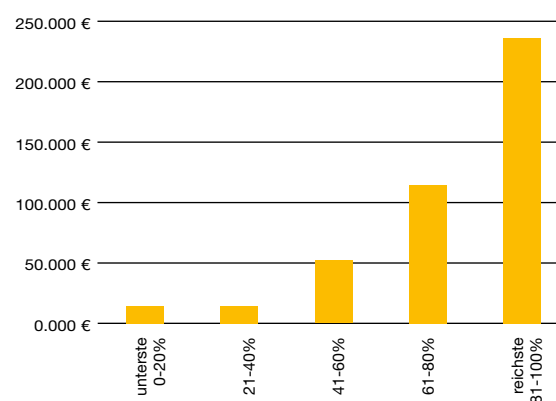
nach dem Gegenwartswert 2010 summieren sich alle Erbschaften auf über 320 Mrd. Euro, also knapp ein Drittel des Gesamtvermögens.

Grafik 4. Erbschaften österreichischer Haushalte, Anteile und Mediane, 2010

Anteil der Erben-Haushalte an Vermögensgruppen (%)



Gegenwartswert von Erbschaften Median (EUR)



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Insgesamt hatten zum Befragungszeitpunkt 35% aller Haushalte Vermögen geerbt, vermögensreiche Haushalte erbten allerdings wesentlich häufiger (siehe Grafik 4 links). Während von den vermögensärmsten 20% der Haushalte unter 10% erbten, waren es bei den reichsten 20% schon fast zwei Drittel.

Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Höhe der Erbschaften (siehe Grafik 4 rechts). Für die vermögensärmsten 40% betrug das Erbe in der Mitte etwas über 14.000 Euro, während sich die mittleren Erbschaften der vermögensreichsten 20% um 240.000 Euro bewegten.

UNTERLAGEN ZUR HAUSHALTS-, FINANZ UND KONSUMERHEBUNG (HFCS:)

ÖSTERREICH: www.hfcs.at

EUROZONE: www.ecb.int/home/html/researcher_hfcn.en.html

ARGUMENTE GEGEN VERMÖGENSSTEUERN ENTKRÄFTET

Hier werden einige Aussagen, die nach der Veröffentlichung der neuen Daten zur Vermögensverteilung durch die OeNB in den österreichischen Medien und diversen Pamphleten aufgetaucht sind, widerlegt.

Vermögenssteuern sind schlecht für das Wirtschaftswachstum

Diese Aussage ist falsch. Neue Forschungsergebnisse zeigen, dass eine geringere steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen und eine höhere Besteuerung von Vermögen die wirtschaftliche Entwicklung beleben. Das bestätigen sowohl Analysen vom Europäischen Statistikkamt (Eurostat), ein Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds (IWF), als auch wissenschaftliche Untersuchungen von renommierten internationalen ÖkonomenInnen (siehe weitere Literatur, Rückseite).

Vermögenssteuern bestrafen Leistung

Reichtum zu besitzen ist keine Leistung, ihn sich zu erarbeiten sehr wohl. Der Beitrag des Faktors Arbeit zum Gesamtaufkommen an Steuern und Abgaben war 2010 in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union höher als in Österreich. In kaum einem anderen Mitgliedstaat war im Gegenzug der Beitrag von leistungslosem Einkommen so niedrig wie in Österreich (Platz 24 von 27).

Vermögenssteuern treffen die Mittelschicht

Bei Vermögen gibt es, im Gegensatz zu Einkommen, eine sehr schmale Mittelschicht. Die hohe Konzentration von Vermögen in Händen einiger weniger bedeutet, dass trotz großzügiger Ausnahmen („Freibeträge“) bedeutende Summen an Steueraufkommen erreicht werden können.

Vermögenssteuern bringen wenig Aufkommen

Die vermögensbezogenen Steuern bringen in Österreich wenig, weil es kaum welche gibt. Österreich ist international unter den Schlusslichtern bei der Vermögensbesteuerung. Im Durchschnitt erwirtschafteten OECD-Länder durch vermögensbezogene Steuern 2010 mehr als das 3,5-fache von Österreich. Da Österreich zu den reichsten Staaten der Welt mit einer hohen Millionärsdichte zählt, würde eine Besteuerung selbstverständlich ergiebig sein.

Vermögenssteuern sind in Österreich nach der Krise gestiegen

Das stimmt, auch wenn international vergleichbare Daten für den Anteil von Vermögenssteuern am Bruttoinlandsprodukt nur bis 2010 verfügbar sind. Allerdings belaufen sich allein die Nettokosten (Erträge minus Kosten) der Bankenrettung, die bis zum Jahr 2012 angefallen sind, auf über 5 Mrd. Euro. Zur Begleichung der Krisenkosten wurden zudem auch andere Steuern erhöht – unter anderem die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer und die Normverbrauchsabgabe, die einkommensschwache Haushalte stark belasten.

Vermögenssteuern sind Doppelbesteuerung

Jeder Euro wird in Österreich im Jahr an unterschiedlichen Punkten im Wirtschaftskreislauf (also mehrfach) besteuert, das entspricht dem Wesen funktionierender Steuersysteme in westlichen Hochkommensländern. Die unvermeidliche Doppelbesteuerung wird von manchen Meinungsmachern nur angeprangert, wenn sie reichere Gruppen trifft. Sonst müsste nämlich zum Beispiel die Mehrwertsteuer, die beim Einkaufen anfällt, genauso lautstark bekämpft werden. Immerhin wurde von diesem Geld schon Lohn- bzw. Einkommensteuer bezahlt.

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZUR VERMÖGENSERHEBUNG

1. Wie wird das Gesamtvermögen errechnet?

Zur Berechnung des Gesamtvermögens werden das Sachvermögen (inklusive Unternehmensbeteiligungen) und das Finanzvermögen addiert, um das Bruttovermögen zu erhalten. Zieht man davon die Verschuldung ab, erhält man das Nettovermögen.

2. Wie und warum wurde die Vermögenserhebung in Österreich durchgeführt?

In Österreich war es bis dato nicht möglich, wissenschaftliche Aussagen über die Verteilung des Vermögens privater Haushalte zu treffen, da bisher nur Teilaspekte der Vermögenssituation beleuchtet wurden. Der Household Finance and Consumption Survey (HFCS) arbeitet mit strengsten wissenschaftlichen Methoden und höchsten Qualitätsstandards. Die Daten wurden von der Oesterreichische Nationalbank erhoben, von der Europäischen Zentralbank validiert und von der US-Amerikanischen Federal Reserve Bank begutachtet. Die erste Befragungswelle des HFCS wurde 2010 in allen Ländern der Eurozone durchgeführt. Mit diesen Zahlen kann nun erstmals die Höhe und Verteilung des privaten Haushaltsvermögens in Österreich integriert analysiert werden.

3. Was ist der Unterschied zwischen der europäischen Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (HFCS) und einer „Meinungsumfrage“?

In einer Meinungsumfrage werden Menschen nach ihrer persönlichen Meinung über ein Thema befragt. Meinungsumfragen haben oft eine sehr kleine Stichprobe und diese ist meist nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Die hohen Qualitätsstandards von wissenschaftlichen und amtlichen Erhebungen werden hier nicht erfüllt.

Die europäische Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (HFCS) wird nach

strengsten wissenschaftlichen und statistischen Kriterien durchgeführt. Die befragten Haushalte werden, den wissenschaftlichen Kriterien einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe entsprechend, nach genau festgelegten Kriterien ausgewählt. Die Daten selbst werden EDV-unterstützt in persönlichen Interviews erhoben, und strenge Qualitätsrichtlinien bei der Auswahl der InterviewerInnen, der Schulung, der Feldzeit und der Datenkontrolle angelegt.

Somit entspricht die europäische Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (HFCS) den Qualitätskriterien der amtlichen Statistik. Eine große Zahl von veröffentlichten Daten der Statistik Austria beruht ebenfalls auf empirisch erhobenen Bevölkerungsdaten, wie etwa der Mikrozensus, die Armutsdaten (EU-SILC), die Konjunkturerhebung, und die Preis- und Konsumstatistik.

4. Geben Reiche und Vermögende denn überhaupt Auskunft und machen sie richtige Angaben?

In persönlichen Befragungen ist es sehr aufwändig, falsche Angaben zu machen und bewusste Irreführung kann durch vielfältige Computer-unterstützte Plausibilitätstests und Kreuzkontrollen während des Interviews identifiziert werden. Allerdings ist die Verweigerung der Auskunft bei Haushalten mit großen Vermögen häufiger der Fall, und das führt zu einer Unterschätzung der Schiefe der Verteilung.

Für eine neuerliche Durchführung der Erhebung ist es deshalb unerlässlich, so wie viele andere Eurozonen-Länder ein „Oversampling“, also eine Überrepräsentation von sehr reichen Haushalten in der Stichprobenauswahl durchzuführen. Damit kann dem Problem von Antwortverweigerung begegnet werden.

BUCHTIPP:

JOSEPH STIGLITZ, DER PREIS DER UNGLEICHHEIT.



Viele Arme, wenige Reiche - Warum die wachsende Ungleichheit uns alle angeht

Die Ungleichheit in der Welt nimmt zu: Immer weniger Menschen häufen immer größeren Reichtum an, während die Zahl der Armen wächst und die Mittelschicht vom Abstieg bedroht ist. Doch diese Entwicklung, so zeigt Nobelpreisträger Joseph Stiglitz in seinem neuen Bestseller, ist keine zwangsläufige Folge einer freien Marktwirtschaft, sondern Ergebnis einer globalisierten Ökonomie, die zunehmend vom reichsten einen Prozent der Bevölkerung beherrscht wird. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer, daran konnte auch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise nichts ändern - im Gegenteil. Politik und Wirtschaft scheinen selbst in der Krise immer einseitiger den Interessen der Superreichen zu folgen,

während es vielen Menschen zunehmend schlechter geht. Besonders drastisch lässt sich diese Entwicklung in den USA erkennen.

Doch die wachsende Ungleichheit hat ihren Preis, wie Joseph Stiglitz in seinem neuen Buch zeigt. Sie behindert Wirtschaft und Wachstum, führt zu weniger Chancengerechtigkeit und korrumpiert Justiz und Politik. Deswegen ruft Nobelpreisträger Stiglitz dazu auf, die zunehmende Ungleichheit in unseren Gesellschaften nicht einfach hinzunehmen, sondern Wirtschaft und Politik so zu reformieren, dass der Wohlstand wieder gerechter verteilt ist. Die weltweiten Demonstrationen der Occupy-Bewegung können ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Weitere Literatur:

Acosta-Ormaechea, Santiago; Yoo, Jiae (2012): Tax Composition and Growth: A Broad Cross-Country Perspective, IMF Working Paper Nr. 257.

Andreasch, Michael; Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, S. 249-267.

Conesa, Juan Carlos; Kitao, Sagiri; Krueger, Dirk (2009): Taxing Capital? Not a Bad Idea after All! American Economic Review Vol.99 Nr. 1, S.25-48.

Eurostat (2012): The taxation of property in the EU, in: Taxation trends in the European Union, S. 45-54

Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. In: Geldpolitik & Wirtschaft (Q3/12), S. 26-67. Online verfügbar unter http://www.oenb.at/de/img/gewi_2012_q3_schwerpunkt_tcm14-250394.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2012.

Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel (2012): A Theory of Optimal Capital Taxation, NBER Working Paper.

Statistik Austria (2012): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. <http://www.statistik.at/>

